

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Mai 1957

116/J

A n f r a g e

der Abg. W i m b e r g e r , S c h ü r e r , A i g n e r , B u t t i n g e r ,
W o l f und Genossen,
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Vergebung des Tabakhauptverlages Peuerbach.

-.-.-.-

Den unterzeichneten Abgeordneten gelangte folgender Sachverhalt zur Kenntnis:

Um den Tabakhauptverlag Peuerbach, der vor kurzem zur Ausschreibung gelangte, bewarben sich 8 Personen. 5 der Bewerber wurden bereits im Vorentscheid wegen Nichterfüllung der Ausschreibebedingungen durch die Finanzlandesdirektion Linz ausgeschieden. Die Finanzlandesdirektion versuchte, bereits in der Ausschreibung den Raum so zu begrenzen, dass nur das eine Gebäude, in dem sich derzeit der Tabakhauptverlag befindet, als zu vergebender Raum in Frage kommen sollte.

Der Besitzer dieses Hauses, der gleichzeitig pragmatisierter Gemeindebeamter ist, wurde nach Abschluss des Erhebungsverfahrens von der Finanzlandesdirektion vorgeschlagen, obwohl er nur eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 v. H. aufzuweisen hatte, während andere Bewerber, die weit schwerer kriegsbeschädigt waren, übergangen wurden.

Der von der Finanzlandesdirektion vorgeschlagene Bewerber wäre jedoch schon von vornherein auszuschliessen gewesen, da die Trafikbesetzungsordnung festlegt, dass Offerte von öffentlich Bediensteten als unannehmbar zu betrachten sind. Der Kriegsopferverband als Vertreter der Kriegsbeschädigten, hat gegen diese Vorgangsweise Einspruch erhoben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, den oben angeführten Sachverhalt zu überprüfen und eine neuerliche Verhandlung über die Vergebung des Tabakhauptverlages Peuerbach, unter Einhaltung der gesetzlichen Richtlinien anzuordnen?

-.-.-.-